Die Steuer für die „ärmeren Reichen“

Die Steuerdebatte nimmt Fahrt auf. Ökonomen sehen vor allem bei Erbschaften Reformbedarf. Eine Idee gefiel einst auch der CDU.

Von Julia Löhr, Berlin, und Johannes Pennekamp, Frankfurt

Es war nur ein Satz in einem rund zwanzigminütigen Interview – aber einer, der eine neue Grundsatzdebatte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung ausgelöst hat. „Es ist etwas, wo sich gerade Menschen mit hohen Einkommen, hohen Vermögen auch fragen müssen: Welchen Teil tragen wir dazu bei, dass dieses Land gerechter wird?“ Mit diesen Worten verteidigte Lars Klingbeil (SPD) im Sommerinterview mit dem ZDF die Forderungen aus seiner Partei, zum Schließen der Haushaltslücken auch Steuererhöhungen zu prüfen. Die Kritik aus der Union ließ nicht lange auf sich warten: Abgesehen vom Kanzler haben inzwischen nahezu alle namhaften CDU- und CSU-Politiker diesem Vorstoß eine Absage erteilt.

Klingbeil erweckt mit seiner Äußerung den Eindruck, dass es aktuell nicht gerecht zugeht in Deutschland, dass sich die finanziell Gutgestellten ihrer Verantwortung entziehen. Das passt zum Stimmungsbild in Umfragen, in denen mehr als 60 Prozent der Deutschen die Wiedereinführung der Vermögensteuer fordern. Es passt aber vor allem auch zur Stimmung in der SPD. Schon zwei Tage nach der Vorstellung des Koalitionsvertrags Anfang April dachte die damalige Ko-Vorsitzende der Partei Saskia Esken laut über Steuererhöhungen nach. Auch Grüne und Linke beklagen regelmäßig, dass „die Reichen“ sich ihrer Verantwortung entzögen. Aber entspricht dieses Bild der Realität? Wo sehen Fachleute Handlungsbedarf, wo nicht?

Auf Arbeitseinkommen werden in Deutschland so hohe Steuern und Sozialabgaben erhoben wie in kaum einem anderen Land. Die Industrieländerorganisation OECD errechnete für den Durchschnittsverdienst eines Singles zuletzt eine Belastung von knapp 48 Prozent. Im OECD-Durchschnitt waren es 35 Prozent. Nur Belgien übertrifft Deutschland in der Steuer- und Sozialabgabenlast noch. Laut der Datensammlung des Bundesfinanzministeriums tragen die oberen zehn Prozent der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen rund 56 Prozent zum gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommen bei. Dass der Spitzensteuersatz heute schon beim rund 1,5-fachen des Durchschnittseinkommens greift, ist immer wieder Gegenstand von Kritik. Vor einer großen Einkommensteuerreform schreckten in den vergangenen Jahren jedoch alle Regierungsparteien zurück.

Ob ein Steuersystem eher die Ärmeren oder Reicheren belastet, sei eine politische Frage, sagt Dominika Langenmayr, Finanzwissenschaftlerin der Universität Eichstätt-Ingolstadt. Handlungsbedarf sieht sie dann, wenn die Steuer in der Realität nicht von denjenigen gezahlt wird, die die Politik eigentlich im Blick hat. Das sei in Deutschland vor allem bei einer Steuerart der Fall: der Erbschaftsteuer. Diese werde fast nur von der gehobenen Mittelschicht gezahlt. Menschen in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung zahlten wegen der Freibeträge keine Erbschaftsteuer, für Menschen am oberen Ende gebe es viele Ausnahmen. „Am Ende zahlen die wirklich Reichen praktisch keine Erbschaftsteuer“, sagt die Ökonomin. Sie bezeichnet die Erbschaftsteuer deshalb als „Steuer für die ärmeren Reichen“.

Im internationalen Vergleich ist die Ungleichheit der Vermögen in Deutschland – anders als bei den Einkommen – überdurchschnittlich groß. Der Indikator dafür, der sogenannte Gini-Koeffizient, beträgt 68, wobei der Wert 100 bedeuten würde, dass einem Deutschen das gesamte Vermögen gehört. Eine Wiederbelebung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer sehen die meisten Ökonomen kritisch. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals bemängelt, dass Immobilien mit zu geringen Werten angesetzt wurden. Schätzungen zufolge könnten im Fall einer Wiederauflage die Verwaltungskosten bis zu 20 Prozent des zu erwartenden Steueraufkommens ausmachen. Was aber viele Ökonomen fordern, ist eine Reform der Erbschaftsteuer, und zwar mit einem Flat-Tax-Modell, einer einheitlichen Steuer für alle. „Sinnvoll wäre ein Freibetrag für jeden Bürger von ein bis zwei Millionen Euro für die gesamte Lebenszeit“, sagt Langenmayr. Für sämtliche Erbschaften, die darüber hinausgehen – egal ob aus Betriebsvermögen, Immobilien oder anderen Quellen –, regt sie einen Pauschalsteuersatz von zehn Prozent an. Die Einnahmen seien dann in etwa so hoch wie bisher, nur anders verteilt. Für Unternehmen könne es Stundungsregeln mit zehnjähriger Laufzeit geben. „Dann ist das nicht existenzbedrohend“, sagt Langenmayr.

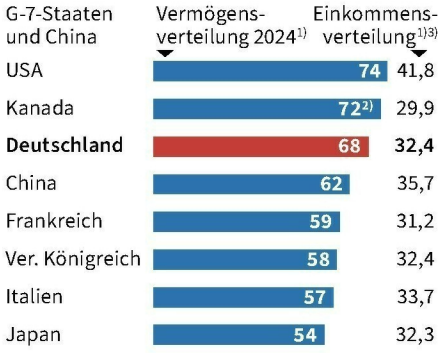
Der Sachverständigenrat, der die Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik berät, wirbt schon lange für eine Reform der Erbschaftsteuer. Die weitgehende steuerliche Freistellung von Betriebsvermögen und selbst genutzten Immobilien sei weder unter Verteilungsaspekten gerechtfertigt noch werde dadurch der angestrebte Erhalt von Arbeitsplätzen erreicht, schrieb der Rat in seinem Gutachten 2009/2010 als Reaktion auf die damalige Erbschaftsteuerreform der Regierung. In jüngerer Zeit hat sich vor allem der Präsident des Münchner Ifo-Instituts Clemens Fuest für eine Reform der Steuer hin zu einer Flat Tax eingesetzt. Auch Rudolf Mellinghoff, bis 2020 Präsident des Bundesfinanzhofs, spricht sich für eine niedrige Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen aus.

Im Frühjahr 2023 wagte sich die CDU kurzzeitig aus der Defensive. Damals lancierten Finanzpolitiker der Partei ein Konzept, das in der Einkommensteuer einen höheren Steuersatz für Topverdiener vor-

sah, um mittlere und niedrige Einkommen zu entlasten, sowie eine Flat Tax in der Erbschaftsteuer. Als Wirtschaftsverbände die Pläne zerpflückten, ruderte die Partei jedoch eilig zurück. Im Wahlprogramm fanden sich keine Reformvorschläge dieser Art mehr.

Was der eigenen Klientel zumutbar ist und was nicht, dafür ist der Wirtschaftsrat der CDU ein guter Seismograph. Er ist kein Organ der Partei, steht ihr aber sehr nahe. Generalsekretär Wolfgang Steiger hält so gar nichts von der aktuellen Debatte. Auf die Frage, ob er sich Änderungen etwa beim Reichensteuersatz oder bei der Erbschaftsteuer vorstellen kann, wiegelt Steiger ab. „Die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland befindet sich schon jetzt auf Rekordniveau, das gilt gerade auch für höhere Einkommen." Der finanzielle Spielraum für Steuersenkungen für die Mittelschicht müsse vor allem über mehr Wirtschaftswachstum kommen.

Vermögens- und Einkommensverteilung im Vergleich



1) Nach Gini: Je höher der Wert, desto ungleicher ist die Verteilung. 2) Stand 2022. 3) Stand 2020 bis 2023.
Quellen: Weltbank; Credit Suisse / F.A.Z.-Grafik: fbr.

Schaut nach links: *Finanzminister Lars Klingbeil (SPD*

Foto Stefan Boness